

Checkliste des Personalrats Schulen

Das Projekt „Eigenverantwortliche Schule“ beinhaltet die **Verschiebung von Verwaltungsarbeiten** insbesondere im Bereich Personalverwaltung und Haushaltsführung, die bisher von der Behörde geleistet wurden, an die Schulen.

- *Welche zusätzlichen Ressourcen erhält die Schule für welche Arbeiten?*
- *Welche zusätzlichen Belastungen für Verwaltungskräfte sowie für unterrichtendes und nichtunterrichtendes Personal ergeben sich aus der Verschiebung von Verwaltungsarbeiten?*

Das Projekt beinhaltet über die Zuweisung eines festen Budgets die **Verschiebung von Ressourcen- Mangel und Kürzungs-„Notwendigkeiten“** von der eigentlich dafür verantwortlichen Bildungsbehörde an die Schulen. Auf welcher Grundlage werden die Budgets bestimmt?

- *Sind die realen Personalkosten für qualifizierte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu Grunde gelegt?*
- *Ist die Möglichkeit der Budgetaufstockung wegen steigender Kosten für mehr Schüler, zusätzliche Aufgaben, mehr Personal u.a. mehr vorgesehen?*

Das beinhaltet eine **Verstärkung der Machtposition der Schulleitung gegenüber der KollegInnen** in Fragen von Beurteilung, Mehrarbeit, Bezahlung, Leistungsanforderungen, Personaleinsatz, Personalauswahl, Disziplinarmaßnahmen.

- *Welche zusätzlichen Rechte hat die Gesamtkonferenz und der Beirat des nichtunterrichtenden Personals, um die Rechte des Kollegiums gegenüber der Schulleitung zu wahren?*
- *Welche zusätzlichen Rechte hat der Personalausschuss?*
- *Welche demokratischen Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten haben Gesamtkonferenz und Beirat des nichtunterrichtenden Personals, um die „Eigenverantwortliche Schule“ im Sinne des Kollegiums mitzugestalten?*

Das Projekt beinhaltet die **Verschiebung von Verantwortung für Ergebnisse**, die durch die Rahmenvorgaben der Behörde bedingt sind, an Schulen und KollegInnen.

- *Wie wird sichergestellt, dass die KollegInnen und Schulen nicht für negative Bildungsergebnisse verantwortlich gemacht werden, die auch durch personelle, finanzielle und strukturelle Vorgaben der Bildungsbehörde mit verursacht werden?*
- *Hat die Schulleitung alle Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Behörde öffentlich gemacht?*

Das Projekt beinhaltet die wahrscheinliche **Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse** (befristet, Teilzeit, geringere Bezahlung) mit möglicherweise geringer qualifizierten Beschäftigten über Honorarverträge, Beschäftigungsträger und Personal-Outsourcing. Dies hätte auch eine stärkere Belastung des übrigen Personals sowie eine höhere Fluktuation und Verringerung der Arbeitsqualität zur Folge.

- *Wie wird sichergestellt, dass alle Beschäftigte (auch zukünftig) unter vernünftigen Arbeits- und Vergütungsbedingungen im Öffentlichen Dienst arbeiten können?*
- *Wie wird sichergestellt, dass kein Personal mit geringerer Qualifikation als bisher üblich eingesetzt wird?*
- *Wie wird sichergestellt, dass keine Personalkosten zugunsten anderer Bereiche gekürzt werden?*

Das Projekt beinhaltet die Möglichkeit, dass **Vergütungs- und Leistungszulagen** verfügt werden können.

- *Gibt es zusätzliche Ressourcen für Vergütungs- und Leistungszulagen für die Schule oder muss die Schule die Mittel dafür erst an anderer Stelle einsparen/kürzen?*

- *Welche Kriterien sollen für die Vergabe von Vergütungs- und Leistungszulagen gelten und wie werden sie festgelegt und überwacht?*

Das Projekt birgt die Gefahr der **Aushöhlung der Rechte** und Möglichkeiten von Personalrat, Frauenbeauftragter und Schwerbehindertenvertretung zum Schutz der Beschäftigten.

- *Wie wird sichergestellt, dass die gesetzlichen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen mit vertretbarem Aufwand gewahrt bleiben?*

Für Fragen und Beratung steht der Personalrat Schulen gerne zur Verfügung.